



GESCHÄFTSBERICHT

2017

GENOSSENSCHAFTSBANK



Unterallgäu eG

Raiffeisen
Volksbank

Kurzfassung* Bilanz und GuV

Bilanz Aktiva

	T€ 2017	T€ 2016
1. Forderungen an Kunden	567.755	535.703
2. Forderungen an Kreditinstitute sowie eigene Wertpapiere	405.044	376.851
3. Beteiligungen	10.443	10.238
4. Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.668	8.992
5. Sonstiges (Kassenbestand, Guthaben bei der Zentralnotenbank, Rechnungsabgrenzungsposten, durchlaufende Kredite usw.)	7.795	7.377
Bilanzsumme	999.705	939.161
Betreutes Kundenkreditvolumen	654.984	622.205

Bilanz Passiva

	T€ 2017	T€ 2016
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102.545	95.753
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) täglich fällig	460.200	446.585
b) Termineinlagen	62.722	42.645
c) Spareinlagen	271.240	258.374
3. Sonstiges (Durchlaufende Kredite, Rückstellungen, sonstige Verbindlichkeiten usw.)	9.321	9.169
4. Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	46.500	40.000
5. Eigenkapital		
a) Geschäftsguthaben	6.544	6.752
b) Rücklagen	39.950	39.268
c) Bilanzgewinn	683	615
Bilanzsumme	999.705	939.161
Betreutes Kundenanlagevolumen	1.262.974	1.183.570

Gewinn- und Verlust-Rechnung

	T€ 2017	T€ 2016
Zinsüberschuss (inkl. laufende Erträge)	17.248	16.901
Provisionsüberschuss	5.371	5.223
Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwendungen	-9.475	-9.936
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-4.084	-3.931
Bewertungsergebnis	1.277	281
Ertragsteuern	-2.373	-2.400
Bilanzgewinn	683	615

* Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um eine Kurzfassung. Der vollständige Jahresabschluss inkl. Lagebericht wurde vom Genossenschaftsverband Bayern e.V., München, geprüft und trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Die Unterlagen zur Offenlegung wurden beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht.

Bericht des Vorstandes

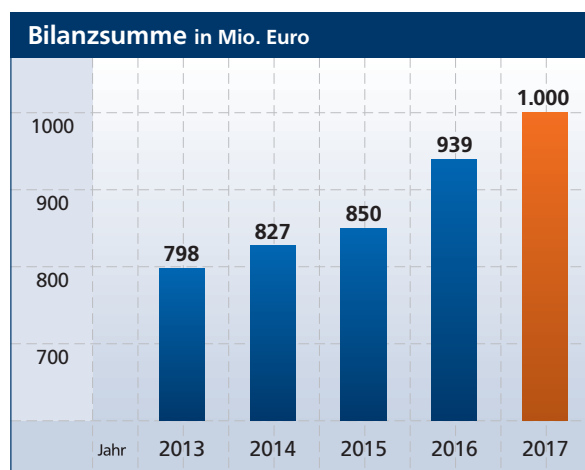
über das Geschäftsjahr 2017

Auch im letzten Jahr profitierten wir vom Vertrauen unserer Kunden. Das Geschäftsjahr 2017 ist für die Genossenschaftsbank Unterallgäu eG insgesamt erfolgreich verlaufen. Im Vergleich zu unseren Mitbewerbern am Markt konnten wir uns gut behaupten.

Nachfolgend die Entwicklung von ausgewählten Bilanzpositionen (Kurzfassung):

I. Bilanzsumme

Zum 31.12.2017 betrug die Bilanzsumme 999,7 Mio. € (2016: 939,2 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 6,4%. Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind im gleichen Zeitraum um rund 4,3% gewachsen.



II. Liquidität

Die Zahlungsbereitschaft unserer Bank war während des gesamten Berichtszeitraumes jederzeit gegeben. Die kurzfristig realisierbaren Mittel setzten sich zum 31.12.2017 wie folgt zusammen:

Barreserve	6,5 Mio. €
Bankguthaben	42,8 Mio. €
Anleihen und Schuldverschreibungen	325,6 Mio. €

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität haben wir stets eingehalten. Zudem bestehen umfangreiche Finanzierungsmöglichkeiten durch unsere Zugehörigkeit zur Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken.

III. Wertpapiere

Zum Jahresende belief sich der Gesamtbestand der bankeigenen Wertpapiere auf 362,3 Mio. € (2016: 349,7 Mio. €). Der gesamte Wertpapierbestand wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

IV. Kreditgeschäft

Das Kundenkreditgeschäft verlief erfreulich. Die Forderungen an Kunden betrugen zum 31.12.2017 insgesamt 567,8 Mio. € (2016: 535,7 Mio. €). Dies entspricht einem Zuwachs von 6,0%. Damit wurde unsere Bank ihrer Aufgabe, die Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft und Bevölkerung zu sichern, gerecht.

Dabei erhöhten sich die langfristigen Kredite im Verlauf des Jahres 2017 um 28,5 Mio. € (9,2%) auf 339,7 Mio. €. Die mittelfristigen Kredite stiegen ebenfalls um 0,9 Mio. € (0,6%) auf 163,6 Mio. €. Bei den kurzfristigen Forderungen ist ein Rückgang um 2,6 Mio. € (4,2%) auf 64,5 Mio. € zu verzeichnen.

Für alle erkennbaren Risiken in den Kreditengagements haben wir entsprechende Risikovorsorge getroffen. Die vorgeschriebenen Höchstkreditgrenzen nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen wurden eingehalten.

V. Sachanlagen

Der Buchwert unseres Sachanlagevermögens reduzierte sich nach den vorgeschriebenen Abschreibungen und Zugängen von 9,0 Mio. € auf 8,7 Mio. €. Hiervon entfallen 7,7 Mio. € auf Grundstücke und Gebäude und 1,0 Mio. € auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

VI. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 102,5 Mio. € (2016: 95,8 Mio. €) setzen sich in erster Linie aus zinsgünstigen, langfristigen Refinanzierungsmitteln für unsere Kunden zusammen. Darüber hinaus wurden im Jahr 2016 gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (GLRG II) bei der Deutschen Bundesbank im Volumen von 30 Mio. € aufgenommen.

VII. Einlagengeschäft

Unsere Kundeneinlagen beliefen sich zum 31.12.2017 auf 794,2 Mio. € (2016: 747,6 Mio. €). Damit stiegen die Kundeneinlagen um 6,2 %. Das Wachstum resultiert zu 80 % aus dem Privatkundengeschäft und zu 20 % aus dem Bereich Firmenkunden und ist zu einem wesentlichen Teil erst zum Jahresende zugeflossen. Wir werten das überdurchschnittliche Wachstum als Ausdruck des hohen Vertrauens in uns und in unser genossenschaftliches Geschäftsmodell. Innerhalb der Position Kundeneinlagen sind die täglich fälligen Sichteinlagen, die Spareinlagen und die Termineinlagen angestiegen. Der Anstieg bei den Termineinlagen ist auf die Nutzung unseres VR-Kündigungsgeldes zur Vermeidung von Negativzinsen zurückzuführen.

Ein Teil der von uns betreuten Kundenanlagen ist bei unseren Partnern der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken in Form von Wertpapieren, Investmentfonds, Versicherungsrückkaufswerten und Bausparguthaben angelegt. Inklusive dieser nicht in unserer Bilanz ausgewiesenen Anlageformen betreuen wir damit ein Kundenanlagevolumen von insgesamt 1.263 Mio. €, ein Anstieg um rund 79,4 Mio. € oder 6,7 %.

VIII. Sicherheit

Das Vertrauen unserer Kunden in die Sicherheit ihrer Einlagen ist ein hohes Gut. Durch die amtlich anerkannte BVR Institutssicherung GmbH und die zusätzliche freiwillige Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. sind die Kundengelder vollständig geschützt.

IX. Mitglieder

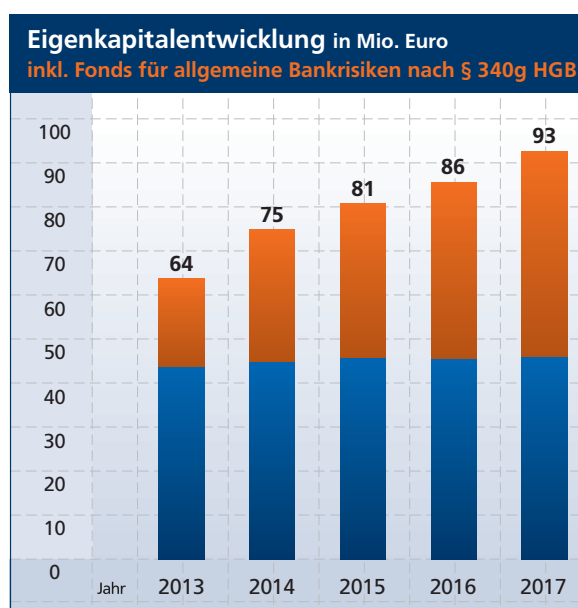
Die Mitgliederzahl hat sich im vergangenen Geschäftsjahr auf 19.245 verringert. Insgesamt waren unsere Mitglieder mit 126.828 Geschäftsanteilen beteiligt (2016: 128.730). Die Zahl der neuen Mitglieder überstieg die Zahl der Kündigungen, allein durch Todesfälle kam dieser Rückgang zu Stande.

Für das Vertrauen zu unserer Bank bedanken wir uns sehr herzlich bei allen Mitgliedern und Kunden!

X. Eigenkapital

Im Jahr 2017 konnte der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB um weitere 6,5 Mio. € auf 46,5 Mio. € erhöht werden. Das bilanzielle Eigenkapital inkl. Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB beträgt nach Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlussfassung über die geplante Gewinnverwendung 93,3 Mio. € (2016: 86,2 Mio. €).

Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung wurden im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.



XI. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2017 erhöhte sich der Zinsüberschuss (inkl. laufende Erträge) gegenüber dem Vorjahr um 347 T€ auf 17,2 Mio. €. Der für 2017 erwartete Rückgang des Zinsüberschusses konnte durch das Wachstum in den Beständen sowie eine für uns günstigere Zinsstruktur überkompensiert werden. Darüber hinaus konnte eine Sonderausschüttung unseres Tochterunternehmens, der Raiffeisen-Ware Unterallgäu GmbH, in Höhe von 313 T€ verbucht werden.

Den Provisionserträgen in Höhe von 6,2 Mio. € stehen 0,9 Mio. € Provisionsaufwendungen gegenüber. Der Provisionsüberschuss ist dadurch auf 5,4 Mio. € angestiegen. Die Personalaufwendungen liegen mit 9,5 Mio. € aufgrund von einmaligen Sonderfaktoren unter dem Vorjahr. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich leicht und liegen bei 4,1 Mio. €.

Das positive Bewertungsergebnis in Höhe von 1,3 Mio. € ist auf eine günstige Entwicklung bei problembehafteten Kreditengagements und den bankeigenen Wertpapieren zurückzuführen.

Die Ertragsteuerbelastung mit 2,4 Mio. € hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht reduziert.

Die Aufwands-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio), die als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen inkl. Abschreibungen zum Zins- und Provisionsüberschuss ermittelt wird, hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 64,1 % auf 63,3 % verbessert.

XII. Mitarbeiter

Auch im Geschäftsjahr 2017 konnten unsere Mitglieder und Kunden wieder auf unsere kompetente, ihren Bedürfnissen entsprechende Beratung vor Ort setzen. Die Basis dafür sind unsere insgesamt 169 Mitarbeiter (2016: 179) – davon 15 Auszubildende.

XIII. Gewinnverwendung

Für das abgelaufene Geschäftsjahr 2017 weisen wir in der Gewinn- und Verlustrechnung einen Jahresüberschuss von 883.201,17 € aus, davon werden vorab jeweils 100.000,00 € der gesetzlichen Rücklage sowie den anderen Ergebnismrücklagen zugeführt. Somit ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 683.201,17 €. In Übereinstimmung mit dem Aufsichtsrat schlägt der Vorstand der Vertreterversammlung folgende Gewinnverwendung vor:

2,0 % Dividende	129.825,25 €
Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage	200.000,00 €
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	353.375,92 €

Die Beschlussfassung über die Gewinnverwendung findet in der Vertreterversammlung am 11. Juni 2018 statt.

XIV. Vermögenslage

Die Vermögenslage ist geordnet. Alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wurden unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen bewertet. Die Wertberichtigungen und Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken.

XV. Schlusswort

Wir danken unseren Mitgliedern, Kunden, Mitarbeitern und den Partnern innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken für ihr Vertrauen und die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Geschäftsjahr.

Darüber hinaus danken wir dem Aufsichtsrat für die jederzeit vertrauens- und verantwortungsvolle Zusammenarbeit.

Der Vorstand

Manfred Rockenfeller

Anton Jall

Wirtschaftspolitik 2017 im Rückblick

17. Januar – Großbritanniens Premierministerin Theresa May skizziert ihre Pläne zum Brexit. Sie kündigt an, das Land nicht nur aus der Europäischen Union (EU), sondern auch aus dem gemeinsamen Binnenmarkt und der Zollunion herauszuführen.

20. Januar – In Washington wird Donald Trump als US-Präsident vereidigt. Trump wiederholt bei der Antrittsrede seine Absicht, die USA unter anderem durch ein großes Infrastrukturprogramm und protektionistische Maßnahmen im Außenhandel zu stärken.

14. Februar – Nach dem Wegfall der dämpfenden Effekte des Ölpreisrückgangs vom Frühjahr 2016 zieht die Inflationsrate in Deutschland merklich an. Im Januar haben sich die Verbraucherpreise um 1,9 Prozent verteuert und damit so stark wie seit Juli 2013 nicht mehr.

17. Februar – Im Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst der Länder kommt es zu einer Einigung. Die Tarifverdienste der rund 800.000 Beschäftigten werden rückwirkend ab Januar 2017 um 2,0 Prozent und ab 2018 um 2,35 Prozent angehoben.

29. März – In einer Mitteilung an den Europäischen Rat beantragt Theresa May offiziell den Austritt Großbritanniens aus der EU.

2. April – Gemäß den Daten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung ist die Anzahl der Berufspendler hierzulande auf einen neuen Höchststand gestiegen. Demnach nahm die Anzahl der Arbeitnehmer, die zum Arbeiten in eine andere Gemeinde wechseln, von 53 Prozent im Jahr 2000 auf 60 Prozent im Jahr 2016 zu.

20. April – Die Präsidentin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, kritisiert Deutschland abermals für seine hohen Leistungsbilanzüberschüsse, die nach Ansicht vieler Ökonomen das Risiko makroökonomischer Ungleichgewichte in sich bergen.

8. Mai – Nach dem Sieg des Pro-Europäers Emmanuel Macron bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich geht die Unsicherheit über die politische und wirtschaftliche Entwicklung Europas merklich zurück. Im Zuge dessen steigt der Euro-Wechselkurs erstmals seit Ende 2016 wieder über die Marke von 1,10 US-Dollar.



25. Mai – Vertreter der Organisation erdölexportierender Länder einigen sich darauf, die Ende 2016 vereinbarten Kürzungen der Rohölförderung um neun Monate zu verlängern.

1. Juni – Im Deutschen Bundestag und einen Tag später auch im Bundesrat wird nach langwierigen Verhandlungen eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beschlossen. Die Länder erhalten von 2020 an mehr Geld vom Bund, müssen dafür aber einige Kompetenzen etwa im Verkehrs- und Bildungsbereich abgeben.

14. Juni – Die US-Notenbank Fed hebt ihren Leitzins zum zweiten Mal in diesem Jahr an. Im Zuge der guten Arbeitsmarktentwicklung und der steigenden Inflationsraten wird er um 25 Basispunkte angehoben. Die Bandbreite des Zinses liegt damit zwischen 1,0 und 1,25 Prozent.



5. Juli – Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle teilt mit, dass zur Kaufprämie für Elektrofahrzeuge bis Ende Juni 2017 rund 23.000 Anträge eingereicht wurden. Die Nachfrage nach dieser Prämie bleibt damit im ersten Jahr nach ihrer Einführung deutlich hinter den allgemeinen Erwartungen zurück.

28. Juli – Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart empfiehlt die Einführung von Fahrverboten für die wegen ihres Schadstoffausstoßes in die Kritik geratenen älteren Dieselfahrzeuge.

2. August – Beim sogenannten Dieseltippel einigen sich Vertreter der Bundes- und Landesregierungen sowie der Automobilindustrie auf einen Minimalkompromiss, um den Stickstoffausstoß von älteren Dieselfahrzeugen zu vermindern und Fahrverbote in Innenstädten zu vermeiden. Gut fünf Millionen Fahrzeuge sollen bis Ende 2018 auf Kosten der Hersteller mit neuer Software nachgerüstet werden.

22. August – Den Angaben des Deutschen Bauernverbands zufolge führen die Landwirte 2017 nur eine unterdurchschnittliche Getreideernte ein. Das äußerst wechselhafte Sommerwetter mit verbreitet hohen Niederschlagsmengen habe die Erntearbeiten teilweise massiv behindert und verzögert.

13. September – EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker spricht sich bei einer Rede im Europaparlament für eine Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion aus. Er fordert unter anderem, den Euro in der gesamten EU einzuführen.

24. September – Bei der Bundestagswahl verlieren die bisherigen Regierungsparteien CDU, CSU und SPD deutlich an Zuspruch, während insbesondere die FDP und die nationalpopulistische AfD mehr Stimmen erlangen.



1. Oktober – In der spanischen Region Katalonien führt ein Referendum über eine weiterreichende Unabhängigkeit zu verstärkten politischen Spannungen und wirtschaftlichen Unsicherheiten.

24. November – Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands klettert auf 117,5 Punkte. Er liegt damit auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung und signalisiert, dass das Wirtschaftswachstum zum Jahresende sehr kräftig bleiben wird.

13. Dezember – Die US-Notenbank Fed hebt ihren Leitzins erneut an. Der Zinssatz wird um 25 Basispunkte erhöht und befindet sich damit in einer Bandbreite zwischen 1,25 und 1,5 Prozent.

Unsere Geschäftsstellen

Hauptstelle Mindelheim

Krumbacher Straße 11
87719 Mindelheim
Telefon: 08261 7659-0
Telefax: 08261 7659-190
E-Mail: info@genosbank.de
Internet: www.genosbank-unterallgaeu.de



Niederlassung Bad Wörishofen

Hauptstraße 10
86825 Bad Wörishofen
Telefon: 08247 3505-0

Niederlassung Kirchheim

Raiffeisenstraße 8
87757 Kirchheim
Telefon: 08266 8603-0

Geschäftsstelle Sontheim

Hauptstraße 15
87776 Sontheim
Telefon: 08336 80893

Niederlassung Ottobeuren

Marktplatz 2
87724 Ottobeuren
Telefon: 08332 9203-0

Niederlassung Markt Rettenbach

Marktplatz 3
87733 Markt Rettenbach
Telefon: 08392 9349-0

Geschäftsstelle Ettringen

Hauptstraße 9
86833 Ettringen
Telefon: 08249 9699-0

Niederlassung Dirlewang

Saulengrainer Straße 8
87742 Dirlewang
Telefon: 08267 9699-0

Geschäftsstelle Markt Wald

Schnerzhofer Straße 3
86865 Markt Wald
Telefon: 08262 9680090

Geschäftsstelle Hawangen

Bahnhofstraße 11
87749 Hawangen
Telefon: 08332 9366780

GENOSSENSCHAFTSBANK



Unterallgäu eG

Raiffeisen
Volksbank